



Maintal, 30.01.2018

Wir kämpfen für

- eine gleich gute medizinische Behandlung von Menschen aller Schichten
- soziale und gerechte Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen
- die solidarische Unterstützung partizipativer Gesundheitsbewegungen international
- die uneingeschränkte medizinische Versorgung von Geflüchteten

Wir kritisieren

- die Kommerzialisierung der Medizin
- den Lobbyismus der Geräte- und Pharmaindustrie
- jede Form der Zwei-Klassen-Medizin

Wir sind

- Ärzt*innen
- Psychotherapeut*innen
- Medizinstudierende

Krieg ist ein Problem der öffentlichen Gesundheit – Pressemitteilung der Demokratischen Ärztinnen und Ärzte zur Verhaftung von Mitgliedern des türkischen Ärztebundes wegen einer Kritik am Krieg in Afrin

Wir demokratische Ärztinnen und Ärzte erklären uns solidarisch mit unseren Kolleg*innen des türkischen Ärztebundes (TTB), die verhaftet wurden, weil sie den Krieg der Türkei gegen die von syrisch-kurdischen Kräften kontrollierte Region Afrin im Nordwesten Syriens kritisiert haben. Die TTB hatte letzte Woche eine Erklärung verbreitet, in der sie Krieg grundsätzlich als ein Problem der öffentlichen Gesundheit bezeichnete. Wie es ihr ärztlicher Beruf ihnen vorgibt, setzen sie sich für das Leben ein. Nun soll ihr Leben zerstört werden. Wie die Akademiker*innen für den Frieden und tausende andere Kritiker*innen der türkischen Regierung sollen sie durch Verhaftungen und Drohungen zum Schweigen gebracht werden.

Voller Respekt für den schon seit langem aufgebrachten Mut der türkischen Kolleg*innen sagen auch wir, sowohl an die türkische als auch an die deutsche Regierung gerichtet:

Savaşa hayır, barış hemen şimdi! - Nein zum Krieg, Frieden jetzt sofort!

Wir fordern die deutsche Regierung und die deutsche Gesellschaft auf, alles politisch Mögliche zu tun, um die türkischen Angriffe zu beenden und den Druck auf die türkische Regierung zu erhöhen, damit unsere Kolleg*innen aus der Haft entlassen werden.

Die neuesten Verhaftungen zeigen immer deutlicher, dass für diese türkische Regierung Menschenrechte und Menschenwürde nichts zählen. Es ist überfällig, die politische und ökonomische Unterstützung dieser türkischen Regierung durch die EU und Deutschland zu beenden, es ist überfällig, den Kniefall vor dieser Regierung zu beenden.

Der Krieg in Afrin ist völkerrechtswidrig. Die deutsche Regierung und Industrie haben hier eine besondere Verantwortung, denn hier werden Panzer und Waffen von deutschen Unternehmen eingesetzt - auch gegen Zivilist*innen und medizinisches Personal.

*Dr. Nadja Rakowitz
(Pressesprecherin)*